

ÖFFENTLICHE ERGÄNZUNGSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:
OB Oberbürgermeister

Beteiligt:

Betreff:
Hagener Initiativen zum Klimaschutz / vorliegender Antrag nach § 24 GO NRW der Initiative Fridays for Future zur Unterstützung der Resolution zur "Ausrufung eines Klimanotstandes"

Beratungsfolge:
17.09.2019 Stadtentwicklungsausschuss
26.09.2019 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:
Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der Stadt Hagen liegt die Eingabe zum Beschluss einer Resolution vor.
Danach soll der „Klimanotstand“ ausgerufen werden. Vor dem Hintergrund dieser Eingabe fasst der Rat der Stadt Hagen folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Hagen unterstützt die Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency ("Klimanotfall", in der aktuellen Debatte auch unter dem Begriff "Klimanotstand" diskutiert), wie sie nachfolgend niedergelegt ist.
2. Die Kommune erklärt den Climate Emergency und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität:
 - Die Kommune wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
 - Die Kommune orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC auch Weltklimarat) insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
 - Die Kommune fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser

Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird. Stand: 13.09.2019
Seite: 28

- Die Kommune fordert, dass die Bundesregierung und die Landesregierung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informiert.
- 3. Das „Integrierte Klimaschutzkonzept“ und das „Integrierte Klimaanpassungskonzept“ werden bei politischen Entscheidungen beachtet.
- 4. Laufende Klimaschutzmaßnahmen werden mit Nachdruck weiter umgesetzt. Dazu gehören insbesondere die Umsetzungen der Ziele des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) und des Maßnahmenprogramms des Masterplans „Nachhaltige Mobilität“.
- 5. Entscheidungen und Maßnahmen der Stadt sind eingehend vorher auf ihre Klimarelevanz zu prüfen. Das Ergebnis ist den Entscheidungsträgern (Politik und Verwaltung) vorzulegen, Alternativen und Konsequenzen sind darzustellen.
- 6. Der Rat der Stadt fordert die Landes- und Bundesregierung auf, den Klimaschutz intensiver zu verfolgen und insbesondere Maßnahmen in eigener Zuständigkeit umzusetzen (Verkehr, Luftreinhaltung, Energie), bzw. die Städte in ihren Klimaschutzaktivitäten stärker zu unterstützen (Förderung, Anpassung der rechtlichen Steuerungsmöglichkeiten).

Kurzfassung

entfällt

Begründung

Die Dialogveranstaltung von Politik und Verwaltung mit Vertreterinnen und Vertretern der „Fridays-for-Future-Bewegung“ am 10. September 2019 im Ratssaal hat gezeigt, dass das in der Verwaltungsvorlage 0610/2019 formulierte Bekenntnis „*Die Stadt Hagen unterstützt ausdrücklich die Ziele, die mit der Ausrufung des sogenannten „Klimanotstandes“ verfolgt werden.*“ von zahlreichen Diskutanten als unzureichend wahrgenommen worden ist. Und dies, obwohl Politik und Verwaltung im Rahmen der Veranstaltung mehrfach deutlich gemacht haben, dass sie stärker als bisher schon auch mit weitergehenden Maßnahmen in Hagen dem Klimawandel begegnen wollen.

Die Glaubwürdigkeit dieser erklärten Absicht wird von den Vertreterinnen und Vertretern der „Fridays-for-Future-Bewegung“ offenbar mehr als bislang angenommen auch von der tatsächlichen Ausrufung des „Climate Emergency“ abhängig gemacht. Daher schlägt die Verwaltung unter dem Eindruck der im Zuge der Dialogveranstaltung vorgetragenen Argumente und nach neuerlicher Beschlussfassung im Verwaltungsvorstand vor, dem Antrag der Initiative „Fridays for Future“ nach § 24 GO NRW zuzustimmen.

Dabei schließt sich die Verwaltung dem Wortlaut des Beschlusses des Ausschusses für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität vom 11. September 2019 an, der zum einen ebenfalls erkennbar von den Diskussionen im Rahmen der Dialogveranstaltung geprägt worden ist. Zum anderen ist auf diesem Wege ein breit getragener politischer Konsens zustande gekommen, dem Klimawandel in der Stadt Hagen wirksamer begegnen zu wollen – was die Verwaltung ausdrücklich begrüßt.

Zugleich stellt die Verwaltung ihre in der Verwaltungsvorlage 0610/2019 bisher geäußerten rechtlichen Bedenken gegen die Verwendung des Notstandsbegriffes zurück.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

Finanzielle Auswirkungen

Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen

gez. Erik O. Schulz

Oberbürgermeister

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich

Oberbürgermeister

Gesehen:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r Die Betriebsleitung Gegenzeichen:

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb: **Anzahl:**

69/33

Umweltamt/Generelle Umweltplanung

17.09.2019

Andreas Winterkemper

Telefon: ~ 4786

Fax: ~ 2469

Öffentliche Diskussion / Workshop mit Vertretern der Initiative Fridays for Future Hagen (FFF) und Mitgliedern des Rates zur „Ausrufung eines Klimanotstandes“

Ratssaal der Stadt Hagen, Di., 10.09.2019, 18:00 bis ca. 20:10 Uhr

Podiumsdiskussion mit folgenden Teilnehmern:

- Herr Erik O. Schulz (OB Stadt Hagen, Moderation)
- Frau Julina Schwarzer (FFF, Hagen, Moderation)
- Herr Thomas Huyeng (Umweltdezernent Stadt Hagen)
- Herr Henning Keune (Stadtbaudirektor Stadt Hagen)
- Herr Hans-Georg Panzer (Vorsitzender Umweltausschuss)
- Frau Janne Rosenbaum (FFF, Hagen)
- Herr Simon Schreckenberg (FFF, Hagen)

Hintergrund der öffentlichen Dialogveranstaltung¹ am 10. September 2019

Im Ratssaal der Stadt Hagen haben sich Vertreter der Hagener Bewegung „Fridays for Future“, einzelne Mitglieder des Rates der Stadt Hagen und die interessierte (Fach-) Öffentlichkeit zu einer Dialogveranstaltung eingefunden. Im Kern geht es darum, ob der Rat der Stadt Hagen bereit ist – wie von der Initiative „Fridays for Future“ gefordert – in Hagen einen Klimanotstand (Climate Emergency) auszurufen und einen auf der Veranstaltung von der Initiative vorgestellten Forderungskatalog für mehr Klimaschutz in der Stadt der FernUniversität zu erfüllen.

Anlass ist, dass die Hagener FFF-Aktivist*Innen im Mai 2019 bei einer Kundgebung Herrn Oberbürgermeister Schulz eine Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen für eine Klimanotstands-Resolution übergeben haben und über die der Beschwerdeausschuss der Stadt Hagen mit Mitgliedern verschiedener Fraktionen bereits diskutierte. Die Verwaltung hat für diese Veranstaltung (28. August 2019) eine Beschlussvorlage (Vorlagen-Nr.: 0610/2019) erstellt. Die Politik und die Verwaltungsspitze hatten zuvor beschlossen, dass die FFF-Aktivist*Innen die Gelegenheit erhalten, gemeinsam mit Vertretern der Hagener Politik und der Stadtverwaltung sowie mit der interessierten (Fach-) Öffentlichkeit über die Ausrufung eines Klimanotstandes in Hagen öffentlich zu diskutieren. Diese öffentliche Dialogveranstaltung findet schließlich am 10. September 2019 statt, gemeinsam moderiert von Herrn Oberbürgermeister Erik O. Schulz und Frau Julina Schwarzer (von FFF Hagen).

Top 1: Begrüßung von Seiten der Stadt Hagen

Herr Oberbürgermeister Schulz begrüßt alle Teilnehmer*innen dieser Veranstaltung und stellt mit Frau Schwarzer den Ablauf der Veranstaltung vor. Die öffentliche Veranstaltung gliedert sich demnach in vier Abschnitte: Im Anschluss an die Vorträge der Hagener Initiative „Fridays for Future“ und der Stadt Hagen wird es im dritten Teil eine gemeinsame Podiumsdiskussion zwischen den Diskutanten geben - in die anschließend auch das Publikum einbezogen wird. Abschließend wird es eine gemeinsame Schlussrunde der (Haupt-) Diskutanten geben.

¹ Ergebnis- und einem Verlaufsprotokoll

TOP 2: Vortrag der Initiative Fridays for Future Hagen

Frau Rosenbaum referiert, dass die globale Herausforderung des Klimawandels weltweit Engagement braucht – auch auf der lokalen Ebene. Das Klima zu schützen und dem Klimawandel engagiert entgegenzutreten, sei weltweit eine Herausforderung von absoluter Dringlichkeit. Der Klimawandel bedrohe die Lebensgrundlage künftiger Generationen, ja die gesamte Menschheit. Und die Wissenschaft sei sich einig: Der Klimawandel ist menschengemacht. Für die kommenden Jahrzehnte sagen die Experten eine deutliche Erwärmung der Erde und eine Zunahme von extremen Wetterereignissen und dem Verlust von Flora und Fauna voraus. Die Reduktionsziele sind weltweit und in Deutschland nicht ausreichend. Obwohl sich Deutschland international im Rahmen des Pariser Klimaabkommens auf Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes verpflichtet hat, werden diese Ziele für das Jahr 2020 nicht erreicht.

Auch in Hagen sei es notwendig, einen wirksamen Klimaschutz einzuleiten und die aufgestellten Konzepte auch umzusetzen. Hagen tue nicht genug, um den Ausstoß von Treibhausgasemissionen aktiv zu senken. Im Vergleich zu anderen Städten der Region bilde Hagen in Bezug auf den CO₂-Ausstoß pro Einwohner das Schlusslicht. Von der Umsetzung vorgeschlagener Maßnahmen aus den eigens aufgestellten Konzepten wie z.B. im „Integrierten Klimaschutzkonzept“, im „Klimaanpassungskonzept“ sei man meilenweit entfernt. Auch würde die Umsetzung des Masterplans „Nachhaltige Mobilität“ nur unter Kostengesichtspunkten angegangen. Zudem sei die Priorisierung der Umsetzung erster Maßnahmen aus diesem Konzept falsch gesetzt, da diese nicht der Stärkung des Umweltverbundes dienten. Eine einmalige Erhöhung des Zuschusses in Höhe um 3 Mio. Euro für den ÖPNV sei nicht ausreichend, wenn in den Jahren zuvor hier in diesem Bereich die Zuschüsse massiv gekürzt worden seien. Auch müsste die Stadt Hagen viel mehr für die Förderung des Radverkehrs tun, wenn sie die gesetzten Klimaschutzziele und die Vorgaben aus dem Radverkehrskonzept erfüllen möchte. Zudem entstünden für die nachfolgenden Generationen immense Kosten zur Bewältigung des Klimawandels in Hagen, wenn nicht jetzt gehandelt werden würde. Frau Rosenbaum schließt Ihren Vortrag mit fünf Forderungen:

1. Klimaschutz muss oberste Priorität in der Stadtverwaltung und im Rat haben.
2. Masterplan „100 Prozent“ Klimaneutralität“ bis 2035.
3. Vorrang dem Umweltverbund und Einführung eines 365-Euro-Tickets.
4. Jährliche Überprüfung und Veröffentlichung der CO₂-Emissionen pro Kopf.
5. Ausrufung des „Climate Emergency“ (Klimanotstand, Klimanotfall).

Diese Forderungen wurden von ihr wissenschaftlich unterfüttert. *Anmerkung: Der komplette Vortrag von Frau Rosenbaum ist als Anlage diesem Protokoll beigefügt (siehe Präsentation FFF, Anlage).*

Zum Abschluss des Vortrags laden die Hagener Vertreter von Fridays for Future für den 20. September 2019 zu einer Demonstration / zu einem Streik für das Klima ein. Die hier bei der öffentlichen Diskussion anwesenden Hagener Bürger*innen sollen sich an diesem Tag an der weltweiten Demonstration für eine bessere Klimapolitik vor Ort in Hagen beteiligen. Beginn der Demonstration in Hagen ist um 12:00 Uhr auf dem Marktplatz.

Im Ratssaal wurden dazu von der Hagener Initiative Fridays for Future entsprechende Streikzettel ausgelegt.

TOP 3: Vortrag der Stadt Hagen – Klimaschutz in Hagen

Herr Huyeng stellt anhand einer Präsentation die langjährigen Aktivitäten der Stadt Hagen zum kommunalen Klimaschutz vor. Bereits seit 1991 sei die Stadt Mitglied im Klima-Bündnis e.V.² und habe sich durch einen Ratsbeschluss zu den Zielen des Bündnisses bekannt. Demnach sei die Stadt Hagen bereits vor langer Zeit eine Verpflichtung eingegangen, die Kohlendioxid-Emissionen schrittweise zu senken. Alle fünf (5) Jahre sei der CO₂-Ausstoß um zehn (10) Prozent zu senken. Bis zum Jahr 2030 habe man sich das Ziel gesetzt, die Pro-Kopf-Emissionen in Hagen – gegenüber dem Bezugsjahr 1990 – zu halbieren.

Um dieses Ziel zu erreichen, habe man in der Vergangenheit eine Vielzahl von Konzepten aufgestellt, die auch gute Vorschläge für konkrete Projekte enthielten. Beispielsweise habe die Stadt ein Integriertes Klimaschutzkonzept, ein Konzept für die Anpassung an den Klimawandel sowie einen Masterplan „Nachhaltige Mobilität“ erarbeitet sowie ein Klimaschutzprojekt mit der jamaikanischen Partnerstadt Portmore umgesetzt. Im Rückblick wurde bereits einiges für den Klima- und Umweltschutz erreicht, das Engagement der Verwaltung sei hoch und der Rat habe vor kurzem bereits beschlossen, zusätzlich 3 Mio. Euro für die Verbesserung des ÖPNV bereitzustellen. Wenn man sich aber die letzte CO₂-Bilanz anschau, dann sei in Hagen – vor dem Hintergrund der gesetzten Klimaschutzziele – im Bereich des kommunalen Klimaschutzes noch viel zu tun und dies wolle man auch machen. Eine Vielzahl von guten Ideen für Aktionen, Vorschläge für Maßnahmen und konkreten Projekten lägen vor, aber der eigene Anspruch und die Wirklichkeit seien noch weit auseinander. Die bisher umgesetzten Maßnahmen reichten nicht aus, um die Klimaschutzziele vor Ort in Hagen zu erfüllen. Dies sei letztlich auch den fehlenden finanziellen Möglichkeiten der Stadt Hagen geschuldet (*siehe Präsentation Stadt Hagen, Anlage*).

TOP 4: Podiumsdiskussion mit den Teilnehmern

Nach dem Vortrag des Beigeordneten Herrn Huyeng, bittet Herr Oberbürgermeister Schulz die Herren Huyeng, Keune, Schreckenberg sowie Frau Rosenbaum und Frau Schwarzer zu einer Podiumsdiskussion.

Die erste „Eisbrecherfrage“ des Oberbürgermeisters richtet sich an den Vorsitzenden des Umweltausschusses Herrn Panzer, der zur Kritik der FFF-Initiative, dass die Prioritäten bei der Umsetzung des Masterplans „Nachhaltige Mobilität“ falsch gesetzt seien, antwortet, dass die Verwaltung und die Politik Maßnahmen ausgewählt hätten, um in erster Linie die Stickstoffdioxid-Emissionen zu reduzieren. Es ginge bei der Umsetzung des Masterplans nicht darum, Maßnahmen mit hohem CO₂-Einsparpotential umzusetzen, sondern mit umgesetzten Maßnahmen eine Mobilitätswende in Hagen einzuleiten und die Luftqualität zu verbessern. Herr Panzer erinnert die anwesenden Teilnehmer dieser Veranstaltung auch daran, dass die erste Maßnahme aus dem vorhandenen Radverkehrskonzept (Radweg Hohenlimburger Straße) wegen dreier Parkplätze für Autos gescheitert sei. Gleichzeitig werde es aber dem Lebensmitteldiscounter Aldi-Markt erlaubt, an der Boeler Straße ein großes Grundstück zu bebauen und hier nur drei Bäume zu pflanzen. Die Politik in Hagen setze halt andere Prioritäten.

Nächste Frage des Oberbürgermeister an die FFF-Vertreter: Wo solle Verwaltung und Politik beginnen, um mehr für den Klimaschutz in Hagen zu machen?

Frau Rosenbaum antwortet, dass die Verwaltung gute Fachkompetenzen habe und diese Kompetenzen in einem effektiven Klimaschutzmanagement zusammengeführt werden müssten. Das Klimaschutzmanagement müsse auf oberster Verwaltungsebene angesiedelt und mit Entscheidungsbefugnis ausgestattet werden. Zudem müsse mehr für den ÖPNV getan werden.

² Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder / Alianza del Clima e.V.

Auf die anschließende Frage von Herrn Schulz, wie damit umzugehen sei, wenn die Stadt Hagen dem Klimaschutz Vorrang geben würde und dadurch weiter Schulden machen würde (Stichwort: Zukunftsdelta von über 60 Mio. Euro an Folgekosten, siehe Präsentation), antwortet Herr Schreckenberg: „Die Finanzierungsfrage stelle sich halt immer“. Frau Rosenbaum ergänzt, dass die Stadt auch mal darüber nachdenken sollte, dass sie den nachfolgenden Generationen auch etwas anderes hinterlassen könnte als nur Schulden. Beispielsweise eine Stadt in der man noch leben könnte. Nach der Ansicht von Frau Rosenbaum ist der Klimaschutz das bedeutendste Thema der Zukunft, denn die Erde erhitze sich weiter. Die Stadt Hagen müsse sich zwangsläufig hier stärker engagieren als bisher.

Der Baudezernent Herr Keune ergänzt, dass die Stadt Hagen die Klima- und Verkehrswende angesichts der Größe der Aufgaben nicht allein lösen kann und das das Land und der Bund die Stadt Hagen über entsprechende Förderprogramme unterstützen müsse.

Die nächste Frage des Herrn Oberbürgermeisters, ob die Erhöhung des Zuschusses für den ÖPNV, denn ein Schritt in die richtige Richtung sei, bejaht Herr Schreckenberg, gleichwohl mahnt er hier ein stärkeres Engagement der Stadt an. Herr Panzer ergänzt, dass für die Verbesserung des ÖPNV-Angebotes in Hagen eigentlich eine Investition von 300 bis 400 Millionen Euro erforderlich sei. Würde in Hagen – wie von den FFF-Aktivist*innen gefordert – ein 365 €-Jahresticket eingeführt, sei die Hagener Straßenbahn wegen des schlechten Busnetzes auf den Kundenansturm aber gar nicht vorbereitet.

Auf die Frage von Herrn Schulz, ob die Ausrufung des Klimanotstandes in Hagen mehr als nur Symbolik sei, antwortet Frau Rosenbaum, dass sich die Stadt Hagen dadurch vergewissern könne, auf dem richtigen Weg zu sein, dementsprechende Standards und Richtlinien vorgeben könne und der Begriff auch den Bürgern aufzeigen könne, dass nun endlich gehandelt werden müsse. Um die Bürger*Innen in Hagen mehr beim Klimaschutz einzubeziehen, könne die Stadt einen Bürgerfonds für mehr Klimaschutz einrichten, in den interessierte Bürger dann Gelder einzahlen. In Bottrop sei es beispielsweise gelungen, die energetische Sanierungsrate zu erhöhen, indem Tür-zu-Tür-Beratungen angeboten werden würden. Es gebe viele Ideen, wie die Stadt CO₂-Emissionen einsparen könne.

TOP 5: Austausch des Publikums mit den Diskutanten des Podiums

Anmerkung: Alle Diskutanten aus dem Publikum hatten die Gelegenheit, bei dieser öffentlichen Veranstaltung mitzureden und ihre Meinung über Wortbeiträge deutlich zu machen. An dieser Stelle wird darauf verwiesen, dass die Namen der Personen, die auf der Dialogveranstaltung verschiedene Vorschläge für einen verbesserten Klimaschutz gemacht haben, hier nicht erwähnt werden. Es werden nachfolgend aber die wichtigsten Kernaussagen und Diskussionsstränge aufgezählt:

Kosten der Mobilitätswende:

Betragen nur für den Bereich des Radwegebaus rund 19 Mio. Euro. Auf die Frage aus dem Publikum, wie dies zu finanzieren sei, antwortet Herr Keune, dass für die Umsetzung von Maßnahmen auch die Menschen in Hagen mitzunehmen seien und wegen des fehlenden Geldes ein Zielkonflikt bestehe. Ggf. müsste darüber nachgedacht werden, Menschen für die Finanzierung von Projekten zu gewinnen.

Ausbau der Windenergienutzung:

Auf die Frage des fehlenden Windenergieausbaus in Hagen antwortet Herr Keune, dass die Verwaltung hierzu eine aufwendige Planung erstellt habe und die Abstandsregelung bzw. entsprechende Vorgaben des Landes NRW dazu führen könnten, dass für die Windenergie in Hagen nur wenig Flächen zur Verfügung gestellt werden könnten. Die weiteren Entwicklungen bzw. Planungen zum Ausbau der Windenergienutzung in Hagen blieben abzuwarten. Vorgesehen sei, dass - ohne die Ausweisung von Vorrangflächen für die Nutzung von Windenergie im Flächennutzungsplan – Genehmigungen für den Bau von Windenergieanlagen über Einzelbauvorhaben erteilt werden könnten.

Energie- bzw. CO₂-Bilanz:

Auf eine Frage aus dem Publikum, warum die Pro-Kopf-Emissionen in Hagen höher als in Bochum oder anderen Städten sei, antwortet der Leiter des Umweltamtes (Herr Dr. Braun), dass in der Universitätsstadt Bochum das ÖPNV-Angebot offenbar besser ausgebaut und der Anteil des Radverkehrs am Modal Split höher sei. In Bochum führen viele Studierende mit dem ÖPNV zu den Hochschulen und Universitäten. Dies wäre zumindest ein erster Erklärungsansatz für die niedrigeren Pro-Kopf-Emissionen in Bochum. Frau Rosenbaum ergänzt, dass der hohe Anteil des motorisierten Individualverkehrs am Modal Spilt in Hagen für die erhöhten Pro-Kopf-Emissionen ursächlich sei.

Einrichtung eines Fördermittelmanagements / Einwerbung von Fördermitteln:

Auf den Hinweis aus dem Publikum, dass in der Verwaltung ein zentrales Fördermittelmanagement einzurichten sei, antwortet Herr Huyeng, dass die Stadt Hagen eine entsprechende Stelle eingerichtet habe, die Einwerbung von Fördermitteln aber projektbezogen und dezentral durch die entsprechenden Fachämter erfolge. Dies habe sich bisher auch als sinnvoll erwiesen. Frau Rosenbaum ergänzt, dass für die Erreichung der Ziele auch Fördergelder aus der Europäischen Union einzuwerben seien. Herr Keune erläutert, dass in mit Hagen vergleichbaren Städten das Aufgabenfeld „Einwerbung von Fördergeldern“ von bis zu acht Mitarbeitern bearbeitet würde und diese Mitarbeiter auch für diese Aufgabe freigestellt seien. Herr Gerbersmann ergänzt, dass es und auch, wenn es der Verwaltung beispielsweise gelingen würde für den anvisierten Bau von Radwegen ausreichend Fördergelder einzuwerben, die derzeitige Markt- und Konjunkturlage es nicht hergebe, Projekte kurzfristig zu realisieren. Auf dem Markt fehlten derzeit schlachtweg Planer und Baufirmen, mit denen die Stadt Hagen kurzfristig Baumaßnahmen umsetzen könne. Für die Verbesserung der Taktzeiten etc. beim ÖPNV gäbe es auch gar keine Förderungen.

Zusammenarbeit der Initiative FFF mit politischen Parteien und der Bürgerschaft:

Auf diese Frage antwortet Frau Rosenbaum, dass die Beteiligung von Bürgern bei der Umsetzung von Projekten wichtiger sei, als mit der Politik „nur“ über mögliche Projekte zu diskutieren. Die Bewegung FFF sei aber für gute Ideen aller Partner offen.

Wozu ist die Initiative FFF selbst bereit? Konkrete Projekte? Tragt ihr zur Veränderung bei?:

Auf diese kritischen Fragen aus dem Publikum antwortet Frau Rosenbaum, dass die Politik handeln müsse und nicht die FFF-Initiative. Zudem stehe die Wissenschaft hinter den Forderungen der weltweiten Bewegung Fridays for Future und bestätige, dass die Anliegen der demonstrierenden jungen Menschen berechtigt seien. Die Politik müsse nun mitziehen.

Werden Dächer von städtischen Gebäuden für Photovoltaik genutzt?:

Herr Huyeng antwortet auf die Frage aus dem Publikum, dass einige Dächer auf städtischen Gebäuden bereits mit Photovoltaikanlagen bestückt seien. Das städtische Umweltamt hat zudem bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass Dächer von Gebäuden auch begrünt werden könnten. Dies könne über die Festsetzungen in Bauleitplänen geschehen. Der Diskutant aus dem Publikum verweist darauf, dass die Potentiale in Hagen aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft seien, hier müsse die Stadt aktiv mehr machen.

Herr Dr. Diepes (Leiter der Bauleitplanung) bestätigt, dass der Ausbau von Gründächern über Festsetzungen in der Bauleitplanung erschlossen werden könne und es weitere klimarelevante Festsetzungsmöglichkeiten gäbe. Zudem seien im Stadtgebiet von Hagen Frischluftschneisen für die Durchlüftung und Flächen für den Klimaschutz freizuhalten. Mit der Begrünung von Dächern könne man gleichzeitig auch etwas für den Artenschutz tun. Der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel müssten zusammengedacht werden. Herr Panzer und Herr Keune ergänzen, dass die Stadt in diesem Bereich Standards vorgeben könne und dieses Handlungsfeld auch über Festsetzungen in Bauleitplänen beeinflusst werden könne.

Welche weiteren Ideen hat die Stadt für den Ausbau des ÖPNV?:

Herr Keune möchte weiter den ÖPNV stärken und den MIV schwächen, gibt aber zu bedenken, dass die Bürger bei Maßnahmen mitgenommen werden müssten und es für die Bürger*innen keine massiv einschränkenden Maßnahmen geben dürfe.

Frau Rosenbaum schlägt vor, die Preise für das Parken zu verteuern und Fahrspuren für den Autoverkehr wegzunehmen bzw. um mehr Grünstreifen pflanzen zu können. Durch die Wegnahme von Fahrspuren für den MIV würde der ÖPNV schneller werden und für den Radverkehr könnten dadurch separate Spuren geschaffen werden. Auch könne die Stadt überlegen, eine City-Maut einzuführen.

Weitere Forderungen aus dem Publikum:

In der Verwaltung sollte eine Stabsstelle für den ÖPNV eingerichtet werden. Alle politischen Vorlagen müssten auf den Aspekt „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ hin erläutert werden. Flächen, die zerstört würden, müssten konsequent ersetzt werden. Herr Schreckenberg argumentiert, dass diese konkreten Forderungen in Verwaltungsvorlagen bei einzelnen Projekten auch vorgegeben werden müssten.

Wie kann die Stadt Hagen versichern, dass Klimaschutz-Maßnahmen umgesetzt werden?:

Frau Rosenbaum hakt nach, wie sichergestellt werden kann, dass Ideen auch umgesetzt würden. Aus dem Publikum kommt zusätzlich der Einwand, dass es viele tolle Konzepte gibt, es in Hagen aber zu wenig umgesetzte Projekte gäbe.

Herr Huyeng und Herr OB Schulz antworten daraufhin, dass eine Wahl die politische Legitimation sei, um in Hagen Verbesserungen für den Klimaschutz zu erreichen. Hier könnten sich Bürger*innen und auch Klimaschutz-Aktivisten konkret für Hagen engagieren. Ein gewählter Rat treffe die Entscheidungen – auch die, bei denen es um Klimaschutz gehe. Beide betonen, dass es gut sei, dass sich so viele junge Menschen für den Klimaschutz engagieren. Dieses Engagement sei auch in Zukunft gefordert.

Appelle aus dem Publikum zu handeln:

Nicht zu handeln würde bedeuten, dass die Kosten für die spätere Anpassung an den Klimawandel explodieren. Es müsse in Hagen alles getan werden, was möglich sei. An Herrn Oberbürgermeister Schulz wird appelliert, das Thema „Klimaschutz“ zur Chefsache zu machen und in Hagen ganz oben auf die politische Agenda zu setzen. Er müsse die Greta Thunberg von Hagen sein.

Auf den Einwand aus dem Publikum, dass man sich im Bereich des Klimaschutzes eine transparentere Politik wünsche, ergänzt Herr Dr. Braun, dass es der Stadt nicht an Transparenz fehle, sondern dass die Themen „Klimaschutz und Klimaanpassung“ bei Projekten oft keine Mehrheiten in den zuständigen politischen Gremien gefunden hätten und letztendlich auch nicht im Rat. Das Abwägungsspektrum müsse deshalb mehr in Richtung Klimaschutz verschoben werden.

Herr Huyeng schlägt vor, dass die Verwaltung auf der Internetseite der Stadt Hagen jährlich eine CO₂-Bilanz veröffentlicht. Die zu dieser Veranstaltung von der Verwaltung erarbeitete Vorlage (0610/2019) müsse für die nächste Sitzung des Rates überarbeitet werden. Herr Panzer kritisiert die Vorlage der Verwaltung und den Vortrag von Herrn Huyeng als „am Thema“ vorbei.

Anschließend erklärt Herr Oberbürgermeister Schulz, dass er es gut findet, dass sich so viele Menschen für den Klimaschutz interessieren, er sich aber nicht – vergleichbar mit der Gallionsfigur Greta Thunberg – als Speerspitze für den Klimaschutz in Hagen sehe. Auch entscheide der Rat über den Antrag der Initiative, einen Klimanotstand auszurufen oder nicht.

Vom Publikum wird gewünscht, dass die Fridays for Future Initiative Hagen die hier bei der Dialogveranstaltung gehaltene Präsentation der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt.

TOP 6: Schlussrunde der Teilnehmer der Podiumsdiskussion

Herr Oberbürgermeister eröffnet die Schlussrunde mit den Teilnehmern der Podiumsdiskussion mit den beiden Fragen: „Hat bei Ihnen eine Veränderung im Denken stattgefunden?“ und „Hat Sie diese Veranstaltung nachdenklich gemacht?“

Herr Huyeng:

Bei ihm habe die Veranstaltung mit den jungen, engagierten FFF-Aktivist*innen und die Diskussion mit dem Publikum ein Weiterdenken ausgelöst. An der belasteten Begrifflichkeit „Klimanotstand“ solle der weitere Prozess für mehr Klimaschutz in Hagen aber nicht scheitern.

Herr Keune:

Herr Keune möchte die Diskussionen mit den FFF-Aktivist*innen fortführen. Man müsse gemeinsam überlegen, wie die gesetzten Ziele erreicht werden könnten.

Frau Rosenbaum:

Frau Rosenbaum möchte sich mit der Fridays for Future Bewegung weiterhin für die Zukunft Hagens engagieren.

Herr Schreckenberg:

Wenn der Rat der Stadt Hagen den Klimanotstand aufrufen würde, wäre diese auch eine Botschaft an die Bundesregierung, zu handeln.

Herr Oberbürgermeister Schulz bedankt sich bei allen Teilnehmer*innen, die am öffentlichen Dialog zur Ausrufung eines Klimanotstandes teilgenommen haben und schließt die Veranstaltung.

gez. *Winterkemper*